

NZZ

Finanzkrise in Kenya

Vom Favoriten für Afrika-Investoren zum Risikofaktor

Kenya macht Negativschlagzeilen: Bilanzdefizit, fiskalisches Ungleichgewicht, Fall der Währung und von Börsenkursen. Der Schock trifft das Land unvorbereitet. Nun droht auch noch eine Bankenkrise.

von Markus M. Haefliger, Nairobi

24.10.2015



In Kenya sind die Einnahmen aus dem Tourismus seit dem Rekordjahr 2011 um 38% gesunken. (Bild: Goran Tomasevic / Reuters)

Kenyas Finanzminister Rotich hat diese Woche versucht, die heikle Lage schönzureden. Ohne konkrete Angaben zu machen, kündigte er vor dem Parlament Kürzungen bei «überflüssigen» Budgetausgaben und die Schliessung von Steuerlücken an. Ausserdem will Rotich eine Auslandsanleihe für 750 Mio. \$ auflegen, um eine akute Schuldenkrise zu lindern. Aber die Rezepte wurden bereits letztes Jahr ausprobiert, als die Wirtschaftslage vergleichsweise rosig aussah. Es gibt keine Anzeichen, weshalb sie ausgerechnet jetzt zum Ziel führen sollen.

Der Prinz wird wieder Frosch

Wenn Kenyas Wirtschaft schlingert, reichen die Folgen weit. Kenya ist der Motor der East African Community, der erfolgreichsten Wirtschaftsgemeinschaft Afrikas, und verfügt zumindest auf dem Papier über ein modernes regulatorisches Regime. Unabhängige Institutionen sollen die Wirtschafts- und Finanzsektoren von der politischen Willkür früherer Zeiten abschotten. Die Regierung ist einer liberalen Wirtschaftsdoktrin verpflichtet, und mit hohen Gewinnen galt die Nairobi Securities Exchange (NSE) in den letzten Jahren als

Wunschdestination ausländischer Investoren, die auf das angebliche afrikanische Wachstumswunder setzten.

So weit die Theorie; in der Praxis jagen sich derzeit die Hiobsbotschaften. Statt der für das laufende Finanzjahr budgetierten Mehreinnahmen von 17% liegen die Staatseinkünfte unter denjenigen des Vorjahres. Das schwächere Wirtschaftswachstum (laut der Weltbank 5% statt der zuvor vorausgesagten 6%) kann den Ausfall nicht erklären. In den digitalen Netzwerken gehen Gerüchte um über Begünstigungen von politisch verhandelten Kartellen durch die Kenya Revenue Authority (KRA), die Steuerbehörde.

Die Vorwürfe sind offenbar so stichhaltig, dass sich Präsident Kenyatta diese Woche gezwungen sah, die Lebensführung der Amtsdirektoren der KRA überprüfen zu lassen. Gleichzeitig schiessen die Staatsausgaben in die Höhe. Eine vor drei Jahren in die Wege geleitete Dezentralisierung mit 47 Landkreisen hat die Ausgaben für Saläre erhöht; diese machen derzeit 69% des Staatsbudgets aus. Im September streikten die Lehrer während eines Monats, weil versprochene Lohnerhöhungen nicht wirksam geworden waren. Ein Gericht gab den Lehrern recht, setzte das Urteil jedoch vorläufig aus.

Die Lohnerhöhung würde umgerechnet 1,5 Mrd. \$ kosten und den Anteil der laufenden Ausgaben auf 75% des Budgets treiben – ganz zu schweigen von den Begehrlichkeiten anderer unterbezahlter Staatsdiener, die geweckt würden. Der Staat dient immer mehr der Umverteilung, obwohl Kenya bis ins Jahr 2030 zum Schwellenland avancieren will. Dies würde bedingen, dass die laufenden Ausgaben zugunsten der Investitionen unter 60% gesenkt werden.

Zum fiskalischen Defizit von derzeit 9% kommt ein Fehlbetrag in der Handelsbilanz von 10% dazu. Die Tourismuseinnahmen gingen seit dem Rekordjahr 2011 um 38% zurück. Der Finanzberater Aly-Khan Satchu nennt als weiteren Grund die Ansteckung durch rückläufige Entwicklungen in afrikanischen Volkswirtschaften, insbesondere unter den Rohstoffproduzenten. Der Kurs des Kenya-Shilling verlor seit Jahresbeginn 11%, wenig im Vergleich zu Sambia (46%), Angola (24%) oder Uganda (23%), aber genug, um Investoren zu verunsichern. Die Nairobi-Börse NSE verzeichnete seit Februar einen Verlust von 27%, laut der Agentur Bloomberg das schlechteste Ergebnis von über 90 weltweit beobachteten Wertschriftenbörsen.

Baubranche gefährdet

Im letzten Monat musste die Zentralbank den Versuch aufgeben, nur günstige Inlandanleihen auszugeben. Zur Deckung der Finanzierungslücken wurden kurzfristige Anleihen aufgelegt, deren Rendite umgehend auf 22% kletterten. Das ist nicht tragbar. Die Spanne zum Tagesgeldsatz der Notenbank von 14,5% entzieht Privatinvestoren ausserdem dringend benötigtes Kapital. Die hohen Zinsen drohen den Bauboom zum Platzen zu bringen, der in der Hauptstadt Nairobi vorläufig anhält. Dessen Risiken werden vor allem von Bauunternehmern getragen, die bei Banken in der Kreide stehen.

Letzte Woche stellte die Bankenaufsichtsbehörde mit der Imperial Bank bereits die zweite mittelgrosse Bank innert zweier Monate unter Aufsicht. Die Regierung beteuert, der Bankensektor sei trotz allem robust, aber die eingeleiteten Ermittlungen gegen die Führung der Bank wegen Betrugs sowie Gerüchte, die Verbindlichkeiten von Imperial überträfen die Guthaben um das Dreifache, schüren die Furcht vor einem Banken-Crash. Kunden ziehen ihre Guthaben bei den in den letzten Jahren ins Kraut geschossenen Kleinbanken ab und legen sie bei den Tochtergesellschaften internationaler Geldinstitute an.

Die von Rotich angekündigte Auslandanleihe von 750 Mio. \$ soll möglichst bald finanzielle Entspannung bringen. Aber das gleiche Versprechen hatte der Finanzminister schon letztes Jahr abgegeben, als Kenya eine Eurobondanleihe ausgab. Nicht nur das: Wie Befragungen vor der parlamentarischen Finanzkommission ergaben, kann die Regierung nicht einmal Rechenschaft darüber ablegen, was von jener Anleihe und wozu ins Budget einfluss. Kommentare:

Kommentare:

Fritz Wunderlich

Aus den Informationen des Außenministerium Österreichs

.....Seit 2011 kommt es regelmäßig zu Terroranschlägen mit Toten und Verletzten gegen öffentliche Einrichtungen im ganzen Land (Polizeistationen, Kirchen, Einkaufszentren, Busstationen und Busse, Nachtclubs). In Ballungszentren, vor allem im Großraum Nairobi bzw. Mombasa, aber auch im Grenzgebiet zu Somalia sowie in weiten Teilen des Küstengebiets besteht eine hohe Gefahr von Terroranschlägen durch die Al-Shabaab Miliz und anderer Gruppen.

hoponopono

Nach einigen Jahren Kenya-Erfahrung sehe ich das deutlich anders als Pirat das schildert. Einmal mehr sind die westlichen Begierden die Malaise für Kenya. Einerseits werden Attentate medial aufgebauscht und den Extremisten viel zu viel Raum gegeben, was zum rasanten Rückgang in der Tourismusindustrie führt. Andererseits sind, wie der Kommentar ja auch beschreibt, die westlichen "Anleger" weitestgehend für die schlechte Profitabilität des Landes verantwortlich. Wenn Rohstoffe kaum Gewinn im Land hinterlassen, sondern zu Dumpingpreisen ins Ausland verhökert werden, Konzerngewinne in steuergünstigen EU Ländern oder in "offshore Gesellschaften" parkiert werden, Börsengewinne künstlich von gierigen Westlern zuerst aufgebauscht und dann abgezockt werden, dann kann vom virtuellen Geld einfach nix im Land bleiben. Natürlich ist auch die Zinsentwicklung kontraproduktiv, aber solange genau die Leute, die Geld ("über-flüssig") haben, nicht verstehen, dass sich Geld nicht selbst vermehren darf (also mit sehr tiefen Zins zufrieden sein müssten), und nach hohen Anlagezinsen lechzen, solange leiden und ächzen die KMU's und Kleininvestoren im Lande ob den hohen Schuldzinsen.

Die Kombination ist ziemlich tödlich, hat aber wenig mit den Begehrlichkeiten der eigenen Leute zu tun. Die Korruption mag zwar in Kenya viel augenfälliger sein (nicht zuletzt auf Druck der westlichen Industriemächte welche sich durch immense Schmiergeldzahlungen Vorteile verschaffen wollen !!) als bei uns, aber machen wir uns doch lieber nichts vor, Europa oder die USA sind genauso korrupt, nur läuft halt alles auf "höherem", sprich diskreterem Niveau ab. Beispielsweise sind alleine in Österreich 2011 über 25 Milliarden Euro (!) durch Korruption dem Volk abhanden gekommen, das entspricht deutlich über 3000€ pro Einwohner. Hören wir doch auf, immer auf Afrika zu zeigen, wischen wir erst mal vor der eigenen Türe. Machen Sie Urlaub in Kenya und geniessen Sie ein wunderbares Land mit extrem freundlichen Menschen, tauchen Sie ein in eine andere Kultur und lernen Sie daraus, was uns "ergänzen" könnte. Wenn wir in Konsequenz dieser Erkenntnisse auf faireren Handel eintreten und gewillt sind, dem Land angemessenen Profit zu zugestehen, dann helfen wir uns letztlich selbst, denn damit "verhindern" wir auch die immensen Flüchtlingsströme. Es liegt also letztlich an jedem von uns selbst, wir könnten mehr tun, als wir glauben.

Pirat

Ein Klassiker: Das Enricheszez-Vous hat vor allem den Staat, seine Begünstigten und Abhängigen ergriffen, denn in diesem Bereich fällt es am leichtesten. Mit den bekannten Folgen von Korruption, Mißwirtschaft, Überschuldung, Inflation. Weitere Kapitel werden wohl folgen: soziale Unruhen, Umstürze, Beschlagnahmungen, Kriege im Inneren und im Äußeren. Zum Schluß sind solche Länder Trümmerhaufen. Schade; man hört, Kenya sei ein sehr schönes und relativ wohlhabendes Land (gewesen).